

Bangladesch

1. Zusammenfassung

In 2003 hat die Regierung Bangladeschs ihr Interim-PRSP (I-PRSP) fertig gestellt und ein Jahr später einen *PRSP Preparation Status Report* vorgelegt. Das bengalische PRSP liegt seit Ende 2005 als Vollversion vor.

Im Hinblick auf die Erstellung des I-PRSP wird von wissenschaftlicher und NRO-Seite kritisiert, dass das Dokument lediglich von zwei Experten geschrieben worden sei. Zu Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rahmen des ‚konsultativen Prozesses‘ habe die Regierung nur einige professionelle Eliten eingeladen. Laut Regierungsangaben wurde im Prozess der PRSP-Erstellung auf einen alle Typen von Akteuren einschließenden Konsultationsansatz geachtet. Besondere Aufmerksamkeit sei der Einbeziehung der Armen gewidmet worden (GoB 2005, S. 25). Von unabhängiger Seite wird dies nicht bestätigt: Vielmehr wird konstatiert, die Regierung habe keine ernsthaften Partizipationsbemühungen unternommen (Karim 2005, S. 13).



Weitere PRS-Dokumente wurden bislang nicht erstellt, da das Land auf politisch turbulente Monate zurückblickt: Bangladesch machte wegen einer umstrittenen Parlamentswahl von sich reden. Diese war für den 22. Januar 2007 geplant¹. Im Vorfeld der Wahl kam es jedoch zu derart heftigen Unruhen, dass Staatspräsidentin *Iajuddin Ahmed* den Ausnahmezustand ausrief. Am 12. Januar 2007 übernahm eine neue Übergangsregierung unter *Fakhruddin Ahmed* ihre Amtsgeschäfte. Dass die Militärs maßgeblich an ihrem Rücktritt mitgewirkt haben, ist inzwischen ein offenes Geheimnis. Obwohl sich die neue Regierung außerhalb des von der Verfassung vorgesehenen Rahmens bewegt, genießt sie innerhalb der Bevölkerung eine gewisse Popularität, da sie für Sicherheit und Ordnung sorgen konnte und einen entschlossenen Antikorruptionkurs verfolgt. Die Wahl ist für spätestens Dezember 2008 anvisiert (Auswärtiges Amt 2008; Richter 2007, S. 16; Houscht 2007).

¹ Nach Ablauf der Legislaturperiode und im Vorfeld der anberaumten Parlamentswahl übernahm am 28. Oktober 2006 zunächst eine Übergangsregierung unter *Iajuddin Ahmed* die Amtsgeschäfte von Premierministerin *Khalida Zia*.

2. Die Akteure: Wer ist beteiligt?

2.1 Staatliche Institutionen: Regierung und Parlament

Die Federführung des bengalischen PRS-Prozesses liegt beim Finanzministerium.

Zuständig für die Erstellung des PRSP war allerdings das nationale Steuerungskomitee (*National Steering Committee* – NSC), welches vom Generalsekretär (*principal secretary*) des Premierministers angeführt wurde und dem alle wichtigen Ministerien angeschlossen waren. Dieses Komitee trägt zudem die Verantwortung, die Fortschritte hinsichtlich der PRS-Implementierung sowie der Erreichung der *Millennium Development Goals* (MDG) zu prüfen (GoB 2005, S. xii, 26, 34, 201).

Innerhalb der Wirtschaftsabteilung der Planungskommission wurde ein so genannter *National Poverty Focal Point* (NPFP) etabliert, um im Sinne eines Sekretariats für den Strategieformulierungsprozess zu fungieren. Diese Institutionen sind für die Anfertigung von Dokumenten über die PRS-Implementierung und die MDG-Erreichung zuständig (ebd., S. xii, 201). Der NPFP hat im Zuge der PRSP-Erstellung die Konsultationen durchgeführt (ebd., S. 6).

Vom NSC wurden zwölf thematische Arbeitsgruppen eingerichtet, die der Führung von Ministerien und Divisionen unterstehen und auch Repräsentanten des Privatsektors und der Zivilgesellschaft einschließen sollen – wobei die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Repräsentanten aus der Auflistung im PRSP nicht ersichtlich ist (CPD o. A., S. 54; GoB 2005, S. 205 ff.). Inhaltlich decken diese die Arbeitsschwerpunkte makroökonomische Stabilität und *pro-poor*-Wachstum, finanzielle Sektorreformen, infrastrukturelle Entwicklung und Reformen, innerstaatliche Ressourcenmobilisierung, Reformen im Bereich Regierungsführung, Gesundheit, Bildung, Rechte und Förderung der Frauen und Kinder, ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Entwicklung des Privatsektors, Informations- und Kommunikationstechnologie ab (ebd., S. 34, 205 ff.).

Die Einbindung des Parlaments kann nicht als signifikant bezeichnet werden. Die Regierung gibt an, es habe Gespräche in Parlamentsausschüssen und in drei Allparteientreffen gegeben (GoB 2005, S. xii). Hinweise auf den konkreten Diskussionsgehalt beziehungsweise den parlamentarischen Beitrag an der Strategie bleibt die Regierung allerdings schuldig. Von wissenschaftlicher Seite wird bemängelt, dass keine Parlamentsdebatte stattgefunden habe (Kamruzzaman 2006, S. 3). Somit kann bislang nicht von einer systematischen Einbeziehung des Parlaments gesprochen werden.

Die gegenwärtige Regierung hat sich bisher nicht zur Fortsetzung des PRS-Prozesses geäußert. Während sie für ihren Antikorruptionskurs international Anerkennung erhält, gerät sie aufgrund von Menschenrechtsverletzungen zunehmend in die Kritik (siehe dazu Punkt 4.4). Zivilgesellschaftliche Akteure beklagen ferner die „*command politics*“ (Houscht 2007).

2.2 Zivilgesellschaft

Die Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen ist innerhalb der letzten Jahre deutlich gewachsen. Inzwischen sind rund 24.000 registrierte Nichtregierungsorganisationen (NRO – von denen ca. 1.600 berechtigt sind, ausländische Mittel zu erhalten) und eine Vielzahl von nicht registrierten gemeindebasierten Organisationen (so genannte *Community Based Organisation* – CBO) im Land verortet (Houscht 2004, S. 5; EC 2001, S. 15).

Die bengalische NRO-Szene ist, was Sozial- und Entwicklungsfragen anbelangt, ganz offensichtlich eine unverzichtbare Ergänzung der schwachen staatlichen Institutionen. Bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen und Sicherungsnetze nehmen diese Organisationen eine elementare Rolle nicht zuletzt deswegen ein, weil sie auch in den Regionen aktiv sind, in denen die sozialen Dienstleistungen seitens der Regierung inadäquat sind (Auswärtiges Amt 2008; ebd. 2006; Government of Japan 2006, S. 10 f.). Dietzel (2006, S. 7) weist darauf hin, dass sich diese Organisationen seit den 1990er Jahren neben der unmittelbaren Armutsbekämpfung verstärkt

für gesellschaftspolitische Veränderung einsetzen: Sie machen sich für die Rechte landloser Frauen stark, initiieren Demonstrationen für sauberes Trinkwasser, unterhalten Grundschulen, führen Gesundheitsprogramme durch und tragen mit ihren Kleinkrediten konkret zur Verbesserung der Lebenssituation der bengalischen Bevölkerung bei. Nach eigener Einschätzung erreichen die NRO in Bangladesch mit ihrer Arbeit rund 26,5 Millionen Menschen. In diesem Zusammenhang ist auch auf den bengalischen Ökonom Mohammad Yunus zu verweisen. Der 66jährige und die von ihm gegründete *Grameen*-Bank wurden im Jahr 2006 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Yunus und seine Bank haben sich um wirtschaftliche und soziale Entwicklung „von unten“ verdient gemacht. Die *Grameen*-Bank vergibt Mikrokredite an Kleinunternehmer. Bevor sie die Auszeichnung erhielt, hatte die Bank eigenen Aussagen nach bereits Kredite an 6,6 Millionen Menschen vergeben; davon seien 97 Prozent Kreditnehmerinnen gewesen².

Zivilgesellschaftliche Repräsentanten scheinen von Beginn an in den PRS-Prozess einbezogen worden zu sein – wobei in diesem Zusammenhang auf die eingangs angeführte Kritik, hinsichtlich der Auswahl der einbezogenen Akteure seitens der Regierung hingewiesen werden muss.

Zu den einflussreichsten NRO des Landes zählen das *Bangladesh Rural Advancement Committee* (BRAC), eine Organisation, die tief in der bengalischen Gesellschaft verwurzelt ist sowie *Proshika*, eine landesweit agierende NRO, die sich aktiv im formellen und informellen Bildungssektor engagiert und sich dem Training von Fertigkeiten armer Menschen in ländlichen Gegenden verschrieben hat (the Hunger Project o. J.).

2.3 Weitere bengalische Akteure

In die Konsultationsprozesse zur Erstellung des PRSP sind laut Regierungsaussagen auch Gewerkschaftsvertreter und Repräsentanten des Privatsektors involviert gewesen (GoB 2005, S. 25 f.). 25 führende Privatsektorrepräsentanten haben sich zudem zur so genannte *Private Sector Consultative Group* (PSCG) zusammengeschlossen, die das Ziel verfolgt, einen Beitrag zum Reformprozess zu liefern (Wilson 2006, S. 1).

2.4 Externe Akteure / Geber

Insgesamt kooperieren rund 30 bi- und multilaterale Geber mit Bangladesch. Mit dem Ziel deren Arbeit zu koordinieren wurde 1988 eine entsprechende Institution – die *Local Consultation Group* (LCG) – etabliert (für weiterführende Informationen siehe: <http://www.lcgbangladesh.org>).

Neben den EU-Mitgliedern, die Bangladeschs wichtigste Geber sind, und der *Europäischen Kommission* als multilateraler Geber gehören unter anderem auch Japan, die USA, die Weltbank und der *Asian Development Fund* zur Gebergemeinschaft des Landes.

3. Die Prozesse: Wann und wie wird beteiligt?

3.1 Partizipation in Analyse und Strategieentwicklung

Von wissenschaftlicher und NRO-Seite wird die *top-down*-Vorgehensweise im Rahmen des Prozesses zur Anfertigung des I-PRSP kritisiert. Aufgrund des Drucks von IWF und Weltbank, dass Bangladesch ohne PRSP keine vergünstigten Kredite erhalte, habe die Regierung hastig eine interne Kommission zu deren Erstellung eingesetzt. Das I-PRSP sei von nur zwei Experten ge-

² Die Bank vergibt ihre Kredite, ohne Sicherheiten einzufordern. Ein Kreditnehmer muss sich mit vier weiteren Personen zusammenschließen, von denen zunächst zwei Personen einen Kleinstkredit erhalten. Kommen sie ihren Verpflichtungen zeitgerecht nach, so können auch die anderen Partner Geld von der *Grameen*-Bank leihen. Die Rückzahlungsverantwortung obliegt jeweils dem einzelnen Kreditnehmer. Wird das Geld pünktlich zurückgezahlt, so hat der Kreditnehmer die Möglichkeit, weitere Kredite in Anspruch zu nehmen.

schrieben worden (Akash 2002, S. 7). Von einem Konsultationsprozess könne nicht gesprochen werden, da zu Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen nur einige professionelle Eliten eingeladen wurden. Weder arme Bevölkerungsgruppen noch die Medien seien einbezogen worden (Rahman 2002, S. 5).

Im PRSP beschreibt die Regierung Konsultationen auf nationaler und regionaler Ebene sowie direkte Konsultationstreffen zwischen Armen und Entwicklungspartnern. Sie gibt an, Parlamentarier einbezogen zu haben. Der Konsultationsprozess habe im Zeitraum März / April 2004 stattgefunden. Um die Partizipation breit gestalten zu können, sei vom *National Poverty Focal Point* (NPFP) zu Beginn eine umfassende Liste potentieller Interessensvertreter erstellt worden (GoB 2005, S. 24 f.).

Der partizipative Konsultationsworkshop **auf nationaler Ebene** habe Mitglieder der Zivilgesellschaft, ethnische Minderheiten, physisch behinderte Menschen, Experten (zum Beispiel aus den Bereichen IT, Infrastruktur, Wasserressourcen, Umwelt, Regierungsführung, Gesundheit, Bildung und Agrarwissenschaft) eingeschlossen. Außerdem seien Repräsentanten von Think-Tanks, den Medien, prominenten Forschungsinstitutionen, spezialisierten Krankenhäusern, Bildungsinstitutionen, Verbänden im Bereich Mikro-Finanzierung und der Prozesskostenhilfe, Slumbewohner-Verbänden, professionellen Frauenanwaltskammern, Regierungsabteilungen, NRO sowie Vertreter des Privatsektors, Ökonomen und alte Menschen beteiligt gewesen (ebd.).

Die Konsultationen, die **auf regionaler Ebene** stattfanden, deckten laut Regierungsaussage alle sechs Divisionen (Verwaltungseinheiten) des Landes ab. Die Konsultationen seien von NPFP und dem Divisionsbeauftragten der jeweiligen Division gemeinsam organisiert worden. An den regionalen Konsultationen sollen Mitglieder der Zivilgesellschaft, Spezialisten, Akademiker, Gemeindevorsitzende, Kinder und Jugendliche, ethnische Minderheiten, Menschen mit körperlichen Behinderungen, Journalisten und andere Medienvertreter teilgenommen haben. Zudem ist von der Partizipation von Repräsentanten vieler Institutionen (in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft) und Organisationen der Armen, Frauengruppen, Foren von Geschäftsleuten, Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Forschungsinstituten, Bauern-, Fischer-, Weber- und NRO-Verbänden die Rede. Schätzungen der Regierung gehen davon aus, dass sich die Anzahl der Teilnehmer in jedem der regionalen Treffen auf etwa 200 Personen belief (GoB 2005, S. 26).

Die regionalen Konsultationstreffen sollen wie folgt strukturiert worden sein: Die partizipierenden Akteure wurden entsprechend zwölf festgelegter Themenbereiche in ebenso viele Gruppen eingeteilt. Die Debatte innerhalb der Gruppen wurde in drei Einheiten untergliedert: (1.) eine generelle Diskussion zur Armutsthematik (2.) eine detaillierte Diskussion über im Vorfeld festgelegte Inhalte und (3.) eine freie Debatte über jegliche Aspekte, zu denen sich die einzelnen Teilnehmer engagieren wollten. Um möglichst ergebnisorientierte Diskussionen zu initiieren, seien vom NPFP *Guidelines* sowohl für die generelle Debatte als auch für die themenspezifischen Diskussionen entwickelt und dem *National Steering Committee* (NSC) zur Bewilligung vorgelegt worden. Zudem habe es im Vorfeld ein Treffen zwischen dem Vorsitzenden des NSC, des NPFP und den sechs Divisionsbeauftragten zur Besprechung der Durchführung der regionalen Diskussionstreffen gegeben. Besondere Sorgfalt sei auf die Auswahl der ‚richtigen Teilnehmer‘ für die zwölf Diskussionsgruppen gelegt worden, sowie darauf, Akteure aus verschiedenen regionalen Gegenden einzubeziehen und eine adäquate Repräsentation von Frauen sicher zu stellen. Arbeitspapiere und die genannten *Guidelines* seien für die regionalen Konsultationen vom NPFP frühzeitig an die Divisionsbeauftragten versendet worden.

Diese Unterlagen hätten dann über die Büros der Divisionsbeauftragten ihren Weg zu den Teilnehmern gefunden; auch dies sei in einem für die Vorbereitung auf die Treffen angemessenen zeitlichen Rahmen erfolgt (ebd.).

Eine weitere Form partizipativer Konsultationen, die im PRSP beschrieben wird, ist die direkte,

verknüpfte **Konsultation** kleiner Gruppen von **armen Menschen sowie Politik- und Entwicklungsplanern**. Über Diskussionsrunden und Interviews seien Arme direkt in die PRS-Konsultationen und den Erstellungsprozess einbezogen worden. Insgesamt seien zehn Gruppen (zusammengesetzt aus Arbeitern verschiedener Bereiche, Haushaltshilfen, Töpfer, Fischer, Schuster und Menschen, die ethnischen Minderheiten zuzurechnen sind) involviert worden. Der Regierungsaussage nach zu urteilen, haben die Beteiligten großes Interesse an den Konsultationen gezeigt. Sie hätten ihre Probleme sehr offen geschildert, Einblicke darüber gegeben wie sich frühere und aktuelle Politiken auf ihr Leben auswirken und viele Empfehlungen präsentieren können (ebd., S. 28).

Alles in allem bezeichnet die Regierung die partizipativen Konsultationen als sehr fruchtbar und konstruktiv (ebd.). Die Ergebnisse der Konsultationen seien als generelle *Guidelines* für die Erstellung der Berichte der thematischen Gruppen und des PRSP genutzt worden (GoB 2005, S. 28; siehe auch CPD o. J., S. 60 f.).

IWF und Weltbank führen in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum PRSP an, die Strategie habe von Konsultationen mit Mitgliedern des Parlaments, Entwicklungspartnern, Akademikern und NRO profitiert. Sie empfehlen, die Prozesse zur Einspeisung von Rückmeldungen bis zum nächsten Reviewzyklus zu verbessern (IMF / IDA 2005, S. 2).

Von unabhängiger Seite wird kritisch angemerkt, dass es die Regierung sei, die die Initiative ergreifen müsse, um alle Interessenvertreter wirksam in den Prozess zu involvieren (Karim 2005, S. 12). Bisher seien aber keine ernsthaften Bemühungen unternommen worden, die Zivilgesellschaft und die Armen selbst in die Erstellung des wichtigen Politikdokuments einzubeziehen. Ferner kritisiert der Autor des hier zitierten Papiers, dass auch die Geber wenig Interesse daran hätten, auf die Partizipationsthematik zu pochen. Außerhalb offizieller Konsultationen sei die Beschäftigung der Zivilgesellschaft allerdings sowohl mit dem I-PRSP als auch mit dem PRSP beachtlich gewesen. So seien Diskussionen organisiert worden, die im Rahmen von Seminaren, Workshops und Treffen mit den Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) stattgefunden hätten. Darüber hinaus hätten Medienkampagnen von einer Vielzahl von Organisationen, einschließlich NRO, Frauengruppen, professionellen Gruppen, Gewerkschaften, Politikaktivisten und Forschern zu Diskussionen angeregt. Beachtliche Mengen an Informationen und Daten seien zudem generiert und in ihren Kampagnen zur Ausweitung kritischer öffentlicher Wahrnehmung des PRSP (sowohl hinsichtlich seiner Chancen als auch Risiken) genutzt worden. Bedauerlicherweise seien zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Beeinflussung des PRS-Prozesses in Bangladesch nicht aufeinander abgestimmt verlaufen. Aus diesem Grunde hätten die bisherigen Bemühungen keinen signifikanten Einfluss auf den Prozess gezeigt (Karim 2005, S. 12 f.).

3.2 Partizipation in der Implementierung der PRS

Der Haushalt stellt das wichtigste PRS-Implementierungsinstrument dar. Grundsätzlich ist festzustellen, dass der Handlungsspielraum für die Bürgerpartizipation in Bangladesch im Hinblick auf das lokale Haushaltswesen bislang sehr begrenzt ist. Nichts desto trotz gibt es einige erste Beispiele des ‚Experimentierens‘ auf diesem Gebiet. So habe die Regierung, in Kooperation mit dem *United Nations Development Programme* (UNDP) und *United Nations Capital Development Fund* (UNCDF), zum Beispiel das so genannte *Sirajganj Project* initiiert, in dessen Rahmen die Mitsprache von Armen und verletzbaren Gruppen bei der Verteilung öffentlicher Ressourcen gefördert wird (Rahman 2005, S. 19 f., 12).

Im Hinblick auf Partizipation im Rahmen konkreter Projekte führt die Regierung im PRSP an, NRO seien beispielsweise bei der Umsetzung des *Expanded Programme for Immunization* (EPI) eingebunden. Im Rahmen dieses Programms, das von der Regierung als priorisiert angegeben wird, werden Impfungen von Kindern und Kleinkindern durchgeführt (GoB 2005, S. 139). Ferner hätten eine Vielzahl nationaler und internationaler NRO an gemeindebasierten *Early Childhood Development Pre School* (ECDP) Bildungsaktivitäten gearbeitet (ebd., S. 129). Neben konkreten

Programmen, an denen zivilgesellschaftliche Akteure bereits involviert sind, benennt die Regierung im PRSP zudem Bereiche, in denen eine NRO-Kooperation künftig denkbar wäre. Exemplarisch kann auf die Umsetzung eines Programms für „*out of school*“-Kinder in ländlichen Gegenden (GoB 2005, S. 130) und auf die Bereitstellung von Informationen und Dienstleistungen von NRO zur Verbesserung der Gesundheit von Jugendlichen (ebd., S. 141) verwiesen werden.

3.3 Partizipation an Monitoring und Evaluierung (M&E)

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum PRSP kritisieren IWF und Weltbank die Regierung für deren wenig partizipative Haltung im M&E-Bereich: Sich ausschließlich auf zuständige Ministerien zu verlassen, um Daten bezüglich des In- und Outputs zu erhalten, könne irreführend und fehlleitend sein. Eine Validierung durch Dritte sei notwendig, vor allem im Hinblick auf das Monitoring von Leistungen (Output) (IMF / IDA 2005, S. 11). Diese Kritik wird auch von zivilgesellschaftlicher Seite geteilt: In einer Stellungnahme fordern mehrere NRO (unter anderem Save the Children UK, Save the Children Sweden-Denmark, CARE, Concern, NFOWD), Organisationen außerhalb der Regierung müssten vollständig in die Kernmonitoringmechanismen involviert werden – die Option, unabhängige Stimmen zu hören, sei nicht ausreichend (Save the Children UK 2005, S. 15).

In Bezug auf die **Verknüpfung zwischen PRS und MDG** ist festzustellen, dass die bengalische Regierung bereits im I-PRSP betont, dass ein Erfolg der nationalen Armutsstrategie und das Erreichen der MDG in engem Zusammenhang stünden (GoB 2003, S. 6). Konsequenterweise stimmen die im I-PRSP festgeschriebenen sozialen Langzeitziele (*Long-Term Social Targets* – bis 2015) größtenteils mit den MDG überein (vgl. dazu ebd., S. 7 f.). Auch IWF und Weltbank bestätigen, dass das I-PRSP ein umfangreiches Indikatoren-Set und weit reichende Armutsbekämpfungsziele beinhalte, die die MDG zusammenfassten und in einigen Fällen über diese hinausgingen. Für die Zukunft, so ihr Plädoyer, sei eine stärkere Konzentration auf öffentlich-private Partnerschaften geboten (IMF / IDA 2003, S. 2, 4).

Mit Blick auf das PRSP kommen sie zu dem Schluss, dass die Millenniumsziele als Rahmen für die Strategien zugrunde gelegt wurden. Es sei wahrscheinlich, dass der überwiegende Teil der MDG in Bangladesch Umsetzung fände. Dieser Erfolg sei auf zwei Aspekte zurückzuführen: erstens auf die Priorisierung der Bereitstellung essentieller Dienstleistungen im Haushalt und zweitens auf den Raum, der NRO-Aktivitäten in diesem Sektor zugestanden worden sei. Als Resultat dessen, habe sich eine einzigartige Form von NRO-Privatsektor-Partizipation entwickelt, die es dem Land erlaube, Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich kostengünstiger bereitzustellen als seine Nachbarn (IMF / IDA 2005, S. 3).

In einem separaten Kapitel des PRSP werden die Erfolge hinsichtlich der MDG-Erreichung skizziert. Hier wird unter anderem darauf verwiesen, dass Bangladesch, was die Eindämmung von Hunger (*MDG 1*), die Grundschulbildung (*MDG 2*), die Gleichstellung der Geschlechter in Schulen (*MDG 3*), die Säuglings- und Kindersterblichkeit (*MDG 4*) und den Umweltschutz (*MDG 7*) anbelangt, auf dem besten Wege sei, die Vorgaben zu erfüllen. In Bezug auf die politische Gleichstellung von Frauen (*MDG 3*) und die Verbesserung der Müttergesundheit (*MDG 5*) seien allerdings keine signifikanten Erfolge zu verzeichnen (GoB 2005, S. 7 f.).

Beim Vergleich der im PRSP enthaltenen M&E-Indikatorenmatrix mit der offiziellen Indikatorenliste der UN wird deutlich, dass folgende MDG-relevante Programme enthalten sind: Mikrokreditprogramme und Programme gegen den Hunger und zur Verbesserung der Ernährung (*MDG 1*; GoB 2005, S. 228, 234), Programme zur Erhöhung der Einschulungsrate sowie Stipendiumsprojekte für den Primarschulbereich (*MDG 2*; ebd., S. 217, 232), Assistenzprogramme für Schülerinnen, Empowerment und Ausbildungsprogramme sowie gut bezahlte Arbeitsstellen für Frauen (*MDG 3*; ebd., S. 217 ff., 232, 234), Programme zur Verbesserung der Gesundheit von Kindern, zur Verringerung der Unterernährung und Kindersterblichkeit (*MDG 4*; ebd., S. 234, 236), Programme zur Verbesserung der Gesundheit und zur Optimierung des Zugangs zum Gesund-

heitssystem für Frauen (MDG 5; ebd., S. 234 f.), Programme zur Aufklärung über und Vorbeugung von ansteckenden Krankheiten (MDG 6; ebd., S. 235, 308), zur Bereitstellung von sauberem Wasser sowie Umweltprogramme (MDG 7; ebd., S. 228, 234, 240 f.).

4. Die Rahmenbedingungen: Was fördert / behindert wirkungsvolle Beteiligung?

4.1 Strukturelle Verankerung gesellschaftlicher Partizipation

Eine Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die thematischen Arbeitsgruppen geht aus den vorliegenden Informationen nicht eindeutig hervor; dies würde jedoch eine positive Neuerung bedeuten (siehe dazu 2.1).

4.2 Rechtliche Basis partizipativer Prozesse

Um wirksame Partizipation zu ermöglichen, müssen grundlegende Rechte und Sicherheiten garantiert sein. Dazu zählen unter anderem die Akzeptanz der Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit.

Somit stellt die von der Übergangsregierung eingeführte Trennung von Judikative und Exekutive einen sehr wichtigen Schritt für den vergleichsweise jungen Staat (Bangladesch ist erst seit 1971 unabhängig) dar.

Die Lage der individuellen Menschenrechte muss als unbefriedigend gewertet werden. Festnahmen von und Morde an regierungskritischen Journalisten, die im kriminellen / politischen Milieu recherchieren, kommen vor. *Amnesty International* weist darauf hin, dass es politisch motivierte Festnahmen führender NRO-Vertreter gegeben hat (siehe Punkt 4.4). Entsprechend ist politische Partizipation in Bangladesch mit Risiken verbunden (*Amnesty International* 2006, S. 1, 5 ff.; Dietzel 2006, S. 7 f.).

Zudem ist politische Partizipation aktuell überhaupt nur eingeschränkt möglich: Anfang März 2007 untersagte die Regierung jegliche innerparteilichen politischen Aktivitäten. Inzwischen (seit September 2007) wurde dieses Verbot dahingehend gelockert, dass Parteisitzungen, die sich mit der Thematik innerparteilicher Reformen beziehungsweise Reformen des Wahlprozesses befassen, wieder gestattet sind. Allerdings müssen alle politischen Treffen im Vorfeld polizeilich gemeldet werden; umfassen diese mehr als 50 Mitglieder, so bedürfen sie außerdem einer Genehmigung des Innenministeriums. Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden, Streiks und andere politische Veranstaltungen im öffentlichen Raum bleiben bis auf weiteres verboten (Heidegger / Richter 2007, S. 19).

Zu verweisen ist an dieser Stelle auch auf die drohende Verschärfung der NRO-Gesetzgebung: Im Juli 2007 erließ das Militär eine Anweisung, dass alle NRO, die ausländische Gelder erhalten, künftig fünfzig Prozent ihrer Ausgaben in Maßnahmen einer „sichtbaren Entwicklung“ (zum Beispiel in den Bau von Gebäuden oder Straßen) investieren sollten. Ferner forderte das Militär die zuständigen Behörden auf, die NRO-Programme, die nicht dieser Art von „sichtbarer Entwicklung“ entsprächen, strenger zu kontrollieren (beispielsweise NRO, die sich für Menschenrechte einsetzen). Die Militär-anweisung schlug innerhalb der bengalischen Zivilgesellschaft derart hohe Wellen, dass die neue Übergangsregierung die Anweisung zurücknahm. Unklar ist allerdings, ob der Militärerlass im Alleingang entstand, oder ob es im Vorfeld Absprachen mit der Übergangsregierung gegeben hat (Saam / Richter 2007, S. 14).

4.3 Legitimität beteiligter zivilgesellschaftlicher Akteure

Folgende Aspekte schmälern in Bangladesch die Legitimität des PRS-Prozesses: Die demokratisch gewählte Volksvertretung, das Parlament, wurde bislang nicht systematisch in den Erstellungsprozess des PRSP eingebunden. Ferner sind Arme nur in eingeschränktem Umfang in den PRS-Prozess involviert. Allerdings ist anzuerkennen, dass die Vollversion des PRSP einen deut-

lichen Fortschritt gegenüber der Interim-Version darstellt. Der Beteiligung von Armen und marginalisierten Gruppen wurde mehr Raum gegeben.

4.4 Handlungsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure

Die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure ist mitunter auch durch unmittelbares Regierungshandeln beschnitten. So schwächt das Regierungshandeln beispielsweise die personellen Ressourcen der NRO: *Amnesty International* berichtet, führende NRO-Mitglieder – vor allem von Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen einsetzen – seien zum Teil monatelang inhaftiert gewesen. Entsprechend der vorliegenden Informationen seien die Festnahmen politisch motiviert gewesen (Dietzel 2006, S. 7 f.; Amnesty International 2006, S. 5 ff.). Auch in 2007 hat sich dieser Zustand nicht verbessert. Davon zeugt beispielsweise die willkürliche Inhaftierung von *Shahidul Islam*, dem Geschäftsführer der NRO *Uttaran*. Dieser war im Januar 2007 unter dem Vorwurf der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, terroristischer Aktivitäten und des Aufrufs zum Aufruhr in Polizeigewahrsam genommen worden, wo er derart misshandelt wurde, dass er unter polizeilicher Aufsicht in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste. *Amnesty International* setzte sich gemeinsam mit anderen Menschenrechtlern und Rechtsanwälten gegenüber der Übergangsregierung für seine Freilassung ein, worauf hin er im August aus der Haft entlassen wurde (Heidegger 2007, S. 13).

Bezogen auf die konkrete Umsetzung des partizipativen Prozesses, wird der eingeschränkte Zugang zu Informationen als ein Schlüsselhindernis benannt. In diesem Zusammenhang ist ferner darauf zu verweisen, dass auch die neue Übergangsregierung eine selektive Informationspolitik verfolgt. So musste der private TV-Nachrichtensender CSB auf Anordnung der staatlichen Regulierungsbehörde für Telekommunikation den Sendebetrieb einstellen, was offiziell mit Unregelmäßigkeiten bei der Lizenzbeantragung begründet wurde. Die Online-Ausgabe der BBC sieht die Ursache hingegen darin begründet, dass die Leitung des Senders der Forderung, Berichte über die Studentenunruhen, die Ende August 2007 stattfanden, nicht auszustrahlen, nicht nachgekommen war. In der Folge wurde dem Sender vorgeworfen, Nachrichten zu verbreiten, die die nationale und öffentliche Sicherheit gefährdeten. Keine zwei Wochen später musste CSB den Betrieb einstellen (Richter 2007, S. 19). Das Verständnis der Übergangsregierung von Pressefreiheit wird ferner anhand des Rahman-Falls deutlich. Der Karikaturist *Arifur Rahman* wurde unter der Anklage der „Verletzung religiöser Gefühle“ verhaftet, nachdem er eine Mohammed-Karikatur publiziert hatte. Der Rechtsberater der Übergangsregierung soll sich zu dem Vorfall mit den Worten geäußert haben, man werde mit vereinten Kräften gegen die „Verschwörung zur Destabilisierung des Landes“ vorgehen (vgl. dazu Heidegger / Richter 2007, S. 19).

Sorge bereitet zivilgesellschaftlichen Akteuren insbesondere das Vorhaben der Regierung, die NRO-Gesetzgebung zu verschärfen. Dieser Schritt würde ihre Aktivitäten aller Voraussicht nach massiv beschneiden: „Die Änderung der *Foreign Donations Regulations Ordinance* (1978) soll als Grundlage dienen, gegen „politisch“ aktive NRO restriktiver vorgehen zu können.“ (Bangladesh-Forum 2006, S. 3). Befürchtet wird, dass zum Beispiel Aktivitäten wie Frauenförderung und Stärkung der Menschenrechte als „politisch“ deklariert werden könnten (ebd.).

Neben diesen externen Umständen lassen sich aber auch etliche zivilgesellschaftsinterne Ursachen für die bisherigen Schwächen im bengalischen partizipativen Prozess aufzeigen. Rahman (2004, S. 10) weist neben Wissensdefiziten und mangelnder Vernetzung mit der *grassroot*-Ebene auch auf personelle Sachzwänge hin. Vielen der zivilgesellschaftlichen Organisationen mangle es an den notwendigen Fähigkeiten, um sich wirksam in die politischen Prozesse einzubringen (eingeschränkte Politikfähigkeit) und auch ein Verständnis des Managements öffentlicher Ausgaben sei nicht ausreichend entwickelt. Es liegt auf der Hand, dass aufgrund der Gegebenheiten qualitätsverbessernde, nützliche Beiträge – also die Formulierung und Propagierung realistischer *pro-poor* Politikalternativen – nur eingeschränkt leistbar sind (ebd.; Karim 2005, S. 13).

5. Gesamtbewertung

Oggleich die Darstellung der Konsultationen seitens der alten Regierung einen breit angelegten Partizipationsprozess beschreibt, entspricht dies nicht den Einschätzungen zivilgesellschaftlicher Akteure (vgl. Karim 2005; Kamruzzaman 2006). Auch die geringe Bereitschaft der damaligen Regierung, gesellschaftliche Vertreter ernsthaft im Rahmen des Monitoring und der Evaluierung einzubinden, vermittelt eher das Bild einer Regierung, die wenig Raum für gesellschaftliche Mitwirkung bot. Schilderungen über das generelle Regierungshandeln im Bezug auf die Zivilgesellschaft – wie sie beispielsweise von *Amnesty International* vorliegen – stützen diese Einschätzung.

Bedauerlicherweise ist diese Art des Umgangs gleichermaßen charakteristisch für die neue Übergangsregierung, wie die willkürliche Inhaftierung *Shahidul Islams* und der *Rahman-Fall* belegen. Zugute zu halten ist der Übergangsregierung allerdings, dass sie es geschafft hat, die Trennung von Judikative und Exekutive durchzusetzen und dass sie (wenn auch infolge zivilgesellschaftlichen Drucks) die Anweisung des Militärs zurücknahm, nach der zivilgesellschaftliche Organisationen die Hälfte ihrer ausländischen Gelder in Maßnahmen der „sichtbaren Entwicklung“ investieren sollten.

Abzuwarten bleibt, ob die politischen Parteien die Chance auf einen demokratischen Neuanfang erhalten (vgl. Houscht 2007).

So bleibt zu hoffen, dass eine neue, aus freien, fairen Wahlen hervorgegangene Regierung die Defizite ihrer Vorgänger hinter sich lassen wird, indem sie

- Respekt vor Menschenrechten, Presse- und Meinungsfreiheit beweist,
- den PRS-Prozess offen partizipativ gestaltet und dabei neben einer signifikanten Einbeziehung der Armen auf eine systematische Einbindung des Parlaments als Institution achtet, gesellschaftliche Vertreter auch im Rahmen des Monitoring und der Evaluierung umfassend einbindet und
- die bereits erfolgreichen Bemühungen zur Umsetzung der Millenniumsziele noch optimiert, indem sie beispielsweise die drohende Verschärfung der NRO-Gesetzgebung ein für alle Mal ad acta legt und diesen Organisationen die notwendigen Finanzmittel gewährt.

6. Service

6.1 Statistik

a. Stand der MDG-Erreichung (anhand ausgewählter Indikatoren)

MDG 1: Extreme Armut und Hunger beseitigen			
Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag (%)	1992	1996	2000
	35,9	28,6	41,3
Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Untergewicht (%)	1990	2000	2004
	65,8	47,7	47,5
MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung			
Grundschulabschlussrate (%)	1999	2001	2003
	64,9	53,9	65,1
MDG 3: Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen			
Einschulungsverhältnis Mädchen/Jungen in der Grundschule (%)	1990	2002	2004
	0,99	1,03	1,03
Sitze im Parlament, die von Frauen eingenommen werden (%)	1990	2000	2007
	10,3	9,1	15,1
MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit			

Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren (auf 1.000 Lebendgeburten)	1990	2000	2005
	149	92	73
MDG 5: Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter			
Müttersterblichkeitsrate (auf 100.000 Lebendgeburten) ³	1990	1995	2000
	850	600	380
MDG 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten			
Anteil der 15- bis 49jährigen, die mit HIV leben (%)	-	2003	2005
	-	0,10	0,10
MDG 7: Umweltschutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen			
Anteil waldbedeckter Flächen an der Landesfläche (%)	1990	2000	2005
	6,8	6,8	6,7
Anteil der Bevölkerung mit nachhaltigem Zugang zu einer verbesserten Wasserquelle/Sanitärversorgung (%)	1990	-	2004
	72/20	-	74/39
MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft			
Schuldendienst als Prozentwert der Güter- und Dienstleistungsausfuhr	1990	2000	2005
	34,8	10,7	7,2
Telefon- / Internetnutzung (je 100 Personen)	1990	2001	2006
	0,21/ -	0,83/ 0,14	14,03/ 0,31

Quelle: UN – Millennium Indicators Database

<http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Data.aspx> [Zugriff am 12.02.2008]

b. Allgemeine Indikatoren

„Freedom in the World“ country ratings (Freedom House) (2007) http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2007&country=7132	„Partly free“
Human Development Index (UNDP) (2007/8) http://hdr.undp.org/en/statistics/	Rang 140 von 177
Index of Economic Freedom (Wall Street Journal / Heritage Foundation) (2008) http://www.heritage.org/research/features/index/country.cfm?id=Bangladesh	Rang 149 von 157
Worldwide Press Freedom Index (Reporters Without Borders) (2007) http://www.rsf.org/article.php3?id_article=24025	Rang 134 von 167
Transparency International Corruption Perceptions Index (2007) http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2007	Rang 162 von 179

c. Entwicklungsstand

Defizite im Bereich der guten Regierungsführung (*good governance*) und der immens hohe Korruptionsgrad stellen hemmende Faktoren für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes dar. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 482 US-Dollar pro Jahr gehört Bangladesch zu den ärmsten Ländern der Welt.

d. Verschuldung

Bangladesch ist kein HIPC-Land.

e. Weitere statistische Quellen

Human Development Reports

http://hdr.undp.org/reports/view_reports.cfm?type=1

UNDP Büro in Bangladesch

<http://www.un-bd.org/undp/>

Weltbank Statistiken

³ Keine Daten verfügbar, die Zahlen beziehen sich auf eine Modellrechnung

http://www.worldbank.org/data/countrydata/aag/bgd_aag.pdf
<http://devdata.worldbank.org/external/CPProfile.asp?SelectedCountry=BGD&CCODE=BGD&CN AME=Bangladesh&PTYPE=CP>

6.2 Wichtige Dokumente

a. PRSP-Dokumente

IMF / IDA (2005): Bangladesh. Joint Staff Advisory Note on the Poverty Reduction Strategy Paper. Washington D.C.

[http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/Bangladesh_JSAN\(Dec30-2005\).pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/Bangladesh_JSAN(Dec30-2005).pdf)
[Zugriff 11.10.2006]

Government of the People's Republic of Bangladesh / General Economics Division Planning Commission (2005): Bangladesh. Unlocking the Potential. National Strategy for Accelerated Poverty Reduction.

[http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/Bangladesh_PRSP\(Oct-16-2005\).pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/Bangladesh_PRSP(Oct-16-2005).pdf)
[Zugriff 11.10.2006]

IMF / IDA (2004): Bangladesh. Joint Staff Assessment of PRSP Preparation Status Report
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04277.pdf> [Zugriff 11.10.2006]

Government of Bangladesh (2004): Bangladesh – Preparation of Poverty Reduction Strategy Paper: A Status Report.

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04279.pdf> [Zugriff 11.10.2006]

IMF / IDA (2003): Bangladesh. Joint Staff Assessment of the Interim Poverty Reduction Strategy Paper. Washington D.C.

http://povlibrary.worldbank.org/files/Bangladesh_IPRSP_JSA.pdf [Zugriff 11.10.2006]

Government of the People's Republic of Bangladesh / Economic Relations Division / Ministry of Finance (2003): Bangladesh. A National Strategy for Economic Growth, Poverty Reduction and Social Development.

http://povlibrary.worldbank.org/files/14223_Bangladesh_IPRSP.pdf [Zugriff 11.10.2006]

b. Wichtigste Geberdokumente

EC / Government of Bangladesh (GoB) (2001): Cooperation Agreement between the European Community and the People's Republic of Bangladesh on partnership and development. Dhaka / Brussels.

http://www.eur-lex.europa.eu/pri/en/oj/dat/2001/l_118/l_11820010427en00470047.pdf [Zugriff 23.10.2006]

EC (2001): Country Strategy Paper Bangladesh 2002-2006. Brussels.

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/bangladesh/sp/02_06_en.pdf [Zugriff 23.10.2006]

EC (2005): National Indicative Programme of European Community Support 2006 Bangladesh. Brussels.

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/bangladesh/sp/nip_06.pdf [Zugriff 23.10.2006]

EC (2006): EU Aid: Delivering more, better and faster. (= Communication from the Commission COM 2006 / 87 final, 02.03.2006). Brussels

<http://www.oecd.org/dataoecd/53/7/36764552.pdf> [Zugriff 23.10.2006]

Government of Bangladesh (GoB) / Donors (2005): Bangladesh Harmonization Action Plan. Dhaka.

<http://www.aidharmonization.org/download/254398/HAP.pdf> [Zugriff 23.10.2006]

Government of Japan (2006): Japan's Country Assistance Program for Bangladesh.

http://www.mofa.go.jp/policy/oda/region/sw_asia/bangladesh.pdf [Zugriff 20.10.2006]

6.3 Literatur, Berichte und Analysen

a. Publikationen die sich mit den PRSP befassen

Action Aid Bangladesh (2001): Process Diagram PRSP Campaign. Akash, M.M. (2002): Poverty Reduction Strategy Paper: What, Why & for Whom. Centre for Policy Dialogue Bangladesh (2002): PRSP Exercise in Bangladesh: A CPR Review of the Preparation Process. http://www.cpd-bangladesh.org/work/irbd_docs/INT02-04.doc [Zugriff 23.10.2006]

Centre for Policy Dialogue Bangladesh (o. A.): Finalisation of the Poverty Reduction Strategy For Bangladesh: A CPR Review of the Process and Interim Measures.

Eberlei, Walter (2006): EC aid to Bangladesh – Brief Country Profile (p. 7-13). In: Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité (CIDSE) / Caritas Europa (Hrsg.) (2006): The EU's footprint in the South. CIDSE-CE EU DEVELOPMENT POLICY ADVOCACY PROJECT. European Community aid profile in 8 countries (bislang unveröffentlicht).

Kamruzzaman, Palash (2006): Wieder nur ein hierarchisches Konzept. In: Zeitschrift für Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z). http://www.inwent.org/E+Z/content/archiev-ger/07-2006/schwer_art4.html [Zugriff 20.10.2006]

Kamruzzaman, Palash (o. J.): The PRSP of Bangladesh – Ownership, Participation and Poverty Reduction. <http://www.unnayannews.net/issue/prsp/ownership.htm> [Zugriff 06.03.2008]

Kapijimpanga, Opa [African Forum and Network on Debt and Development - AFRODAD]: Poverty Reduction Strategy Papers and the Millennium Development Goals. Prepared for: Commonwealth Foundation (2005). Breaking with Business as Usual: Perspectives from Civil Society in the Commonwealth on the Millennium Development Goals. London: Commonwealth Foundation. http://www.commonwealthfoundation.com/uploads/documents/mdg_report.pdf [Zugriff 06.03.2008]

Karim, Mahbul (2005): Civil Society Organisations and the PRSP Process in Bangladesh: Lessons learned. (page 9-14) In: FIN (2005): Forum Case Study Papers 2004-2005. Experiences and Viewpoints: Civil Society, Poverty Eradication and the Millennium Development Goals. May 2005.. <http://g05.netedit.info/docs/FINALFORUM2004DSMLG05.pdf> [Zugriff 23.10.2006]

Rahman, Habibur (2002): PRSP in Bangladesh. Vortrag beim Bangladesch-Vernetzungstreffen am 21.9.02 in Bonn.

Rahman, Habibur (2003): Mit Zuckerbrot und Peitsche. Armutsbekämpfung in Bangladesch in Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank.

Rahman, Habibur (2003): PRSP and Bangladesh.

Rahman, Atiur (2004): An Overview of PRSP. Origin, Evolution and Critical Dimensions with reference to Bangladesh. October 2004. Dhaka. <http://www.shamunnay.org/download/Sehd2.pdf> [Zugriff 23.10.2006]

Rahman, Atiur (2005): Effective Participation. Community Engagement in Participatory Budgeting in Bangladesh. August. Dhaka. <http://www.shamunnay.org/download/brisbane01.pdf> [Zugriff 24.10.2006]

Save the Children UK (2005): Consultative Feedback on the PRSP in Bangladesh: Making the PRSP Child-Sensitive (gemeinsame Stellungnahme von Save the Children UK, Save the Children Sweden-Denmark, CARE, CONCERN, Ain O Salish Kendra, Young Power in Social Action and NFOWD).

<http://www.lcgbangladesh.org/prsp/docs/Consultative%20Feedback%20on%20the%20PRSP.pdf> [Zugriff 20.10.2006]

Yunus, Muhammad (2002): A national strategy for economic growth and poverty reduction.

b. Hintergrundinformationen

Action Aid (2003): EU policy incoherence reduces aid effectiveness. London.

<http://www.eldis.org/cf/research/dispatch/docdisplay/cfm?doc=DOC13722&ressourc=f1>

Amnesty International USA (2006): Bangladesh. Human rights defenders under attack.

<http://www.amnestyusa.org/countries/bangladesh/document.do?id=ENGASA130042005> [Zugriff 24.10.2006]

Bangladesch-Forum (2006): Positionspapier zur Tagung des Bangladesch-Forums „Menschenrechte und Zivilgesellschaft in Bangladesch“. 26. – 27. Januar 2006. Berlin.

http://www.eed.de/fix/files/doc/060725_Statement_Berlin_Konferenz.pdf [Zugriff 09.03.2008]

Dietzel, Peter (2006): Die Daumenschrauben sind angesetzt. Entwicklungsorganisationen wehren sich gegen zunehmende Bedrohung. In: Netz. Ausgabe 1 / 2006. Bedroht und trotzdem stark. Zivilgesellschaft in Bangladesch.

<http://www.netz-bangladesh.de/set.php?id=projekte&uid=karte> [Zugriff 24.10.2006]

Wilson, Craig (2006): The Bangladesh Private Sector Forum. Case Study 1 – Bangladesh. Paris, February 2006.

http://www.publicprivatedialogue.org/case_studies/Case%20Study%2001%20-%20Bangladesh%20-%20Craig.pdf [Zugriff 20.10.2006]

Heidegger, Patrizia (2007): Willkürliche Verhaftung von NRO-Direktor. In: Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit – NETZ: film ab. Nr. 3, 29. Jahrgang, 30.08.2007.

http://www.bangladesh.org/set.php?id=zeitschrift&uid=alle_ausgaben [03.03.2008]

Heidegger, Patrizia / Richter, Niko (2007): Verbot innerparteilicher Aktivitäten teilweise aufgehoben. In: Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit / NETZ (2007): Auf engstem Raum. Slums in Dhaka. Nr. 4, 29. Jahrgang. 10.10.2007 (NETZ 4/2007).

http://www.bangladesh.org/set.php?id=zeitschrift&uid=alle_ausgaben [03.03.2008]

Heidegger, Patrizia / Richter, Niko (2007): Karikaturist verhaftet. In: Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit / NETZ (2007): Auf engstem Raum. Slums in Dhaka. Nr. 4, 29. Jahrgang. 10.10.2007 (NETZ 4/2007).

http://www.bangladesh.org/set.php?id=zeitschrift&uid=alle_ausgaben [03.03.2008]

Houscht, Martin Peter / InWEnt (2007): Bangladesch – Staat und Politik.

<http://www.inwent.org/v-ez/lis/banglade/seite2.htm> [Zugriff 09.03.2008]

Houscht, Peter Martin / Schweizerische Flüchtlingshilfe (OSAR) (2004): Bangladesh – Lagebericht März 2002. Schweizerische Flüchtlingshilfe: Bern.

www.osar.ch/2004/08/09/bangladesh3?appendLang=de [Zugriff 13.03.2008]

(diese Seite lässt sich nicht immer öffnen)

The Hunger Project (o. J.): The Hunger Project Online Briefing Program.

<http://www.thp.org/sac/unit1/bcivil.htm> [03.03.2008]

Richter, Niko (2007): Parteireformen nach Plan? In: Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit – NETZ: film ab. Nr. 3, 29. Jahrgang, 30.08.2007.

http://www.bangladesh.org/set.php?id=zeitschrift&uid=alle_ausgaben [03.03.2008]

Richter, Niko (2007): Schließung des privaten TV-Senders CSB. In: Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit / NETZ (2007): Auf engstem Raum. Slums in Dhaka. Nr. 4, 29. Jahrgang. 10.10.2007 (NETZ 4/2007).

http://www.bangladesch.org/set.php?id=zeitschrift&uid=alle_ausgaben [03.03.2008]

Richter, Niko / Saam, Dirk (2007): Vorschlag für Verschärfung des NRO-Gesetzes. In: Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit – NETZ: film ab. Nr. 3, 29. Jahrgang, 30.08.2007.

http://www.bangladesch.org/set.php?id=zeitschrift&uid=alle_ausgaben [03.03.2008]

6.4 Links zu beteiligten Akteuren

Action Aid Bangladesh

<http://www.actionaidbangladesh.org/>

Bangladesh Centre for Advanced Studies (BCAS) – unabhängiges Forschungsinstitut

<http://www.bcas.net/>

Bangladesh Rural Advancement Committee (BRAC) – Entwicklungshilfe-NRO

<http://www.brac.net/>

Centre for Policy Dialogue – zivilgesellschaftlicher Think Tank

<http://www.cpd-bangladesh.org>

LOKOJ

<http://www.lokoj.org/>

LCG Website

<http://www.lcgbangladesh.org/>

Netz e.V.

<http://www.netz-bangladesh.de/>

Parlament

<http://www.parliamentofbangladesh.org/>

PROSHIKA – Entwicklungshilfe-NRO

<http://www.proshika.org/>

Regierung

<http://www.bangladesh.gov.bd/>

SDNP Bangladesh

<http://www.sdnbd.org/>

6.5 Allgemeine Informationen über das Land

Auswärtiges Amt (2006): Bangladesch – Innenpolitik

<http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Bangladesch/Innenpolitik.html>
[Zugriff 21.10.2006]

Auswärtiges Amt (2008): Bangladesch – Innenpolitik.

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Bangladesch/Innenpolitik.html>
[Zugriff 09.03.2008]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

<http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/bangladesh/> [Zugriff 21.10.2006]

Bangladesh Newspapers

<http://www.onlinenewspapers.com/banglade.htm>

Bangladesh Observer

<http://www.bangladeshobserveronline.com/new/2004/11/03/index.htm>

Fischer Weltalmanach

http://www.weltalmanach.de/staat/staat_detail.php?staat=Bangladesch

Netz – Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e. V.
<http://www.netz-bangladesh.de/>

Jahrbuch Spiegel-Online
<http://www.spiegel.de/jahrbuch/0,1518,BGD,00.html>

www.prsp-watch.de (Februar 2008)

Verfasserin: Nina Schröder

Email: nina.schroeder@fh-duesseldorf.de

© VENRO und Fachhochschule Düsseldorf
(Forschungsstelle Dritte Welt; Leitung Prof. Dr. Walter Eberlei)